Montag, 29. Oktober 1923 — Abend-Ausgabe — Einzelnummer 1 Milliarde M.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 508 — 52. Jahrgang

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin. — Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Absetzung der sächsischen Minister.

Dr. Heinze zum sächsischen Reichskommissar ernannt. — Der Zusammentritt des Landtags verboten.

Die neue Verordnung des Reichspräsidenten.

Amtsenthebung der sächsischen Regierung.

∞ **Dresden**, 29. Oktober, 3 Uhr nachm.

Hauptmann Olbrich vom Reichswehrkommando 4 hat im Auftrage des Reichskommissars Dr. Heinze heute mittag 1 Uhr dem Ministerpräsidenten Dr. Zeigner und den übrigen sächsischen Ministern mitgeteilt, daß die Minister ihrer Aemter enthoben seien. Die Minister haben sich gefügt.

Ermächtigung zur Absetzung der Minister.

Die Verordnung des Reichspräsidenten.

Berlin, 29. Oktober. (W. T. B.)

Der Reichspräsident hat nachstehende Verordnung erlassen:

„Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiete des Freistaates Sachsen folgendes:

§ 1.

Der Reichskanzler wird ermächtigt, für die Dauer der Geltung dieser Verordnung Mitglieder der sächsischen Landesregierung und der sächsischen Landes- und Gemeindebehörden ihrer Stellung zu entheben und andere Personen mit der Führung der Dienstgeschäfte zu betrauen. Auf Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit findet die Vorschrift keine Anwendung.

Die Verordnung, betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet nötigen Maßnahmen vom 26. September 1923 (Reichsgesetzblatt I, Seite 905) bleibt im übrigen unberührt.

§ 2.

Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 29. Oktober 1923.

Der Reichspräsident
gez. **Ebert.**

Der Reichskanzler
gez. **Dr. Stresemann.“**

Die Ernennung des Reichskommissars.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

∞ **Dresden**, 29. Oktober.

Heute mittag wird hier bekannt, daß der Reichskanzler den ehemaligen sächsischen Justizminister und späteren Reichsjustizminister Dr. Heinze zum Reichskommissar für Sachsen ernannt hat. Damit ist das Kabinett Zeigner vorläufig ausgeschaltet.

Die Antwort der sächsischen Regierung.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

∞ **Dresden**, 29. Oktober.

Das sächsische Kabinett hat gestern viele Stunden lang beraten, auch in Gegenwart von Mitgliedern der Reichstagsfraktion. Da zwei sächsische Minister beim Eintreffen des Reichskanzlerbriefes sich außerhalb Sachsens befanden und erst in den späten Nachmittagsstunden des Sonntags in Dresden eintreffen konnten, verzögerten sich die Beratungen bis in die Nacht hinein. Man einigte sich schließlich auf folgende Antwort an den Reichskanzler:

„Die sächsische Regierung lehnt das Ansinnen der Reichsregierung, zurückzutreten, entschieden ab. Ein politischer Anlaß liegt nicht vor, und rechtlich ist das Verlangen der Reichsregierung nach der Verfassung unzulässig. Nur der sächsische Landtag ist legitimiert, die sächsische Regierung abzuberufen. Solange das nicht geschieht, wird die sächsische Regierung auf ihrem Posten ausharren. Sie wird alsbald im Landtag eine Entscheidung hierüber herbeiführen.“

Berlin, 28. Oktober. (W. T. B.)

Zur Entschließung der sächsischen Regierung wird halbamtlich bemerkt: Der Reichspräsident hat durch eine heute erlassene Verordnung den Reichskanzler ermächtigt, die sächsische Regierung und notfalls andere sächsische Behörden abzusetzen. Der Reichskanzler wird auf Grund dieser Ermächtigung, nachdem nunmehr die Entscheidung der sächsischen Regierung gefallen ist, sofort einen Reichskommissar für den Freistaat Sachsen bestellen.

Der sächsische Landtag verboten.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

∞ **Dresden**, 29. Oktober.

General Müller, der Befehlshaber des Wehrkreiskommandos IV, erläßt folgende Erklärung: „In Ausübung der vollziehenden Gewalt verordne ich: Bis zur Einberufung des Landtags durch den vom Herrn Reichskanzler ernannten Reichskommissar von Sachsen findet ein Zusammentritt des Landtags nicht statt.“

*

Der Beschluß des Reichskabinetts, dessen Ausführung von der sächsischen Regierung abgelehnt worden ist, wurde am Sonnabend von der Reichsregierung in Anwesenheit der sozialdemokratischen Reichsminister gefaßt. Es bestand zunächst die Absicht, sofort einen Reichskommissar für Sachsen zu ernennen. Dieser Absicht widersprachen die sozialdemokratischen Minister. Es wurde dann der vermittelnde Vorschlag gemacht, nach Sachsen zunächst, ebenso wie nach Bayern, eine Note zu richten, durch die der sächsischen Sozialdemokratie die Möglichkeit gegeben werden sollte, freiwillig eine Aenderung in der Regierung herbeizuführen. Diesem Vorschlag haben die sozialdemokratischen Minister nicht widersprochen. Die Reichsminister Dr. Radbruch und Robert Schmidt begaben sich dann gestern noch in Begleitung von Mitgliedern des sozialdemokratischen Parteivorstandes nach Dresden, wo sie an der Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion teilnahmen und, allerdings ohne Erfolg, die Gründe entwickelten, aus denen die Reichsregierung sich zu der Aufforderung an Sachsen entschlossen hat.

Der sozialdemokratische Parteivorstand und die Gewerkschaften treten heute zur Besprechung über die durch die Vorgänge in Sachsen geschaffene Lage zusammen. Eine Antwort von Bayern liegt bei Schluß der Redaktion noch nicht vor. In Sachsen hat sich die Situation durch das Verbot des Zusammentritts des Landtags weiter verschärft. Ueber die rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen, die die Haltung der Reichsregierung gegenüber beiden Ländern bestimmt haben, wird noch zu sprechen sein.

*

Ueber die **Haltung der sozialdemokratischen Reichsminister** erfahren wir noch folgendes:

„Die in einigen Zeitungen aufgestellte Behauptung, daß die sozialdemokratischen Reichsminister der Absetzung der sächsischen Regierung und der Ernennung eines Reichskommissars zugestimmt hätten, ist unrichtig. Reichswehrminister Geßler als Inhaber der vollziehenden Gewalt nahm den Standpunkt ein, daß er die Maßnahmen gegen Sachsen ohne Zustimmung des Kabinetts vornehmen könne, aber er teile diesen Entschluß loyal der Reichsregierung mit. Die sozialdemokratischen Minister erklärten darauf, daß auch sie **das Ausscheiden der kommunistischen Minister in Sachsen für eine Notwendigkeit hielten**, nachdem diese und ihre Landtagsfraktion zur gewaltsamen Auflehnung gegen die Verfassung aufgefordert haben. Die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder warnten aber wiederholt und eindringlich vor dem vom Reichswehrminister eingeschlagenen Schritt, dem sie unheilvolle Folgen in Sachsen und im Reiche voraussagten. Sie erreichten durch diesen Widerstand, daß die sofortige Entscheidung unterblieb und daß die Absendung des Schreibens des Reichswehrministers nicht erfolgte und der Reichskanzler der sächsischen Regierung eine Frist von 24 Stunden ließ. Während dieser Frist versuchten die sozialistischen Führer in Dresden eine Entspannung der Lage herbeizuführen. In nach dem Ergebnis dieser Dresdener Besprechungen behielten sich die sozialistischen Minister ihre Entschließung vor.“

Kahr mit Hitler versöhnt.

Wieder Uebungen der Nationalsozialisten.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

□ **München**, 29. Oktober.

Mit Billigung des Generalstaatskommissars marschierten heute zum erstenmal wieder Hitlers Sturmtruppen mit klingendem Spiel und fliegenden Fahnen aus der Stadt zum Militärschießplatz, um dort ihre Uebung abzuhalten.

Der bayerische Gesandte Dr. v. Preger fährt heute von München, wo er der Regierung Bericht erstattet hat, nach Berlin zurück. Der Ministerrat ist jetzt für morgen vormittag angesetzt, doch ist eine **Entscheidung kaum vor einer Woche zu erwarten.** Man will sich zunächst darüber vergewissern, ob die Reichsregierung auf der Aufhebung des Ausnahmezustandes und auf der Entlassung Kahrs und Lossows bestehen bleibt. Daß die Note der Reichsregierung keinen ultimativen Charakter hat, hat diese die bayerische Regierung schon wissen lassen.

T. W. Stresemann und sein Kabinett sind entschlossen, die Ordnung im Reiche zu schützen, die, zur Freude und zum Nutzen der französischen Eroberer, der sächsische Kommunismus zertrümmert und Herr v. Kahr mit seinen Anhängern zerschlägt. Die Reichsregierung hat das Kabinett des Herrn Zeigner in einem Ultimatum zur Abdankung aufgefordert, und sie hat die bayerische Staatsregierung ersucht, „die verfassungsmäßige Befehlsgewalt im bayerischen Teil der Reichswehr in kürzester Zeit wieder herzustellen“. Es ist ein unmöglicher und skandalöser Zustand, daß die kommunistischen Minister in Sachsen unter Mißachtung der Reichsautorität einen Terrorismus organisieren, der zum völligen Zusammenbruch des sächsischen Wirtschaftslebens führen muß. Es ist für den Bestand des Reiches unerträglich, daß der Münchener Diktator Generale zum Ungehorsam aufreizt, die Gesetze nicht anerkennt und, unterstützt von parteiwütigen Elementen auch außerhalb seines bayerischen Landes, nach den Mustern, die er auf den schlimmsten Seiten der deutschen Geschichte gefunden hat, den Gegenkaiser zu spielen versucht. Das Kabinett Zeigner hat gestern abend das Ultimatum der Reichsregierung abgelehnt. Dagegen will es den sächsischen Landtag befragen, und vermutlich würden die Minister ein Votum, das ihnen einen Abmarsch mit kriegerischen Ehren gestatten würde, nicht gerade ungern sehen. Nachdem die Reichsregierung ihren Willen kundgegeben hat, könnte selbstverständlich auch ein heroisches Veto des Landtages nichts ändern, und darum wird, wie die Verfassung es zuläßt, ein Reichskommissar den Platz einnehmen, auf dem das Kabinett Zeigner seine Kräfte entfaltet hat. Die Aufgabe wird nicht ganz leicht sein, und ihre glückliche Lösung hängt, wie so vieles in Deutschland, hauptsächlich von der Besserung der Ernährungslage ab. Ueber die Entschließungen des Herrn v. Kahr und der bayerischen Regierung liegt eine offizielle Mitteilung noch nicht vor. Gar keinem Zweifel unterliegt es, daß Herr v. Kahr persönlich, in seinen weitgehenden Hoffnungen gestärkt durch die Huldigungsgrüße der norddeutschen Landbünde, von keiner Nachgiebigkeit hören will. Er hatte für die Entfesselung des Brandes, der Deutschland verzehren kann, einen einwandfreien Grund. Seine Popularität in Bayern wurde sehr schnell rissig, und er wollte sie auffrischen, indem er alle Sturmglocken gegen Berlin und gegen den „Marxismus“ der Stresemann, v. Seeckt und Geßler läuten ließ. Die Teuerung und die Lebensmittelnot sind in München besonders verheerend, das Bier ist unerschwinglich, die bayerischen Bauern lesen mit Interesse die begeisterten Zustimmungsadressen der norddeutschen Bündler und schicken kein Getreide, die Befehle des Diktators, der ja Gehorsamsverweigerung patriotisch findet, werden nicht befolgt. Der bayerische Spott stieg schon bis zum Throne des Diktators hinauf. Gleichzeitig wurde Herr v. Kahr von Hitler und seiner Gefolgschaft, die er nicht zu entwaffnen wagte, lieblos behandelt und in der „Hochburg des bedrängten Deutschtums“ bedrängt. Durch den deutschen Ruf: „Nach Berlin!“, der bekanntlich auf den Pariser Boulevards entstanden ist, versöhnte er diese Konkurrenz. Wenn ehrlich und mit ganzem Herzen am Reiche hängende Bayern meinen sollten, durch das Ersuchen, das die Reichsregierung jetzt an Bayern gerichtet hat, sei eine friedliche Beilegung des Konflikts erschwert worden, so kann das nur ein Irrtum sein. Das Ersuchen ist ja erst hinausgegangen, nachdem Herr v. Kahr erklärt hatte, mit der Reichsregierung verhandele er nicht mehr. Das Kabinett Stresemann und der Chef der Heeresleitung haben wirklich den Beweis ihrer Versöhnlichkeit erbracht. Kein Brahmane hätte so viel Geduld gehabt.

Wenn wir unter all unseren großen Sorgen diejenigen nennen sollen, die uns am tiefsten berühren, so heißen sie, trotz Bayern und Sachsen, auch heute: Rheinland und Ruhrgebiet. Dabei muß gleich betont werden, daß nicht etwa das von Frankreich und Belgien bezahlte und bewaffnete Gesindel, dieser Separatismus der „Verbrecher und Banditen“, das der Berichterstatter der „Times“ so lebensvoll geschildert hat, als eine ernste Gefahr erscheint. Dieser aus den Zuchthäusern freigelassene Separatismus kann die Geldschränke und Brieftaschen bedrohen, soweit sie noch nicht von französischen Offizieren geplündert worden sind. Die „Verbrecher und Banditen“, unter denen sich, wie der Korrespondent der „Times“ bestätigt, nicht ein einziges ehrliches Gesicht befindet, können, da ihnen die uniformierten französischen und belgischen Kameraden die Leiter halten, in ein paar Rathäuser eindringen, aber so gründet man nicht einmal in der Epoche des Herrn Poincaré einen Staat, und es unterliegt gar keinem Zweifel, daß dieser Aufstand der Zuhälter unter der Verachtung der rheinischen Bevölkerung und dem Ekel der ganzen Welt zusammenbrechen wird. Es ist auch nicht gefährlich, sondern nur ganz natürlich, daß der Hervé der „Victoire“ und der Herbette des „Temps“ sich mit der entsprungenen Kanaille verbünden und ihr schwungvolle Hymnen weihen. Man erkennt da alle Zeichen der Wahlverwandtschaft und eine kollegiale Herzenssympathie. Wenn Herr Herbette schreibt, die deutsche Diplomatie arbeite „unablässig für die Revanche“, der passive Widerstand sei „die Vorbereitung einer militärischen Revanche“ gewesen, Deutschland wolle sich die Eisenbahnen und die Industriewerke des Ruhrgebiets nur nicht nehmen lassen, weil das „Instrumente des deutschen Generalstabes“ seien und die separatistische Bewegung der